

BAND 35

# Genderranking deutscher Großstädte 2013

Eine Studie von **Lars Holtkamp** und **Elke Wiechmann**





# **GENDERRANKING DEUTSCHER GROSSSTÄDTE 2013**



**HEINRICH BÖLL STIFTUNG  
SCHRIFTEN ZUR DEMOKRATIE  
BAND 35**

# **Genderranking deutscher Großstädte 2013**

**Eine Studie von Lars Holtkamp und Elke Wiechmann**

**Im Auftrag und herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung**

## Der Autor und die Autorin

Prof. Dr. Lars Holtkamp ist Professor für Politik und Verwaltung an der FernUniversität Hagen, Dr. Elke Wiechmann wissenschaftliche Mitarbeiterin und akademische Rätin am Lehrstuhl für Politik und Verwaltung der FernUniversität Hagen.



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/> Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Genderranking deutscher Großstädte 2013

Eine Studie von Lars Holtkamp und Elke Wiechmann

Band 35 der Reihe Demokratie

Im Auftrag und herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Gestaltung: feinkost Designnetzwerk, Sebastian Langer (nach Entwürfen von blotto Design)

Druck: Lokay Druck, Reinheim

Titelphoto: © AVAVA - Fotolia.com

ISBN 978-3-86928-117-9

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

**T** +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de

# INHALT

Vorwort	7
<b>1 Untersuchungsauftrag und -methodik</b>	<b>9</b>
<b>2 Ergebnisse des dritten Genderrankings deutscher Großstädte</b>	<b>11</b>
<b>3 Detailanalyse der empirischen Ergebnisse</b>	<b>15</b>
3.1 Genderranking im Positionsvergleich	15
3.2 Genderranking im Parteienvergleich	16
3.3 Genderranking im Ost-West-Vergleich	17
<b>4 Sonderauswertung: Migrant/innen in Großstadtparlamenten</b>	<b>20</b>





# VORWORT

Es ist ein idealer Zeitpunkt, um ein neues Genderranking deutscher Großstädte zu veröffentlichen. Im kommenden Jahr finden in elf Bundesländern Kommunalwahlen statt: in allen ostdeutschen Bundesländern wie auch u. a. in den westdeutschen Flächenländern Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Damit haben sowohl die dort in den Kommunen antretenden Parteien als auch die Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit, die Gleichstellung bei kommunalen Mandaten voranzubringen. Zudem ist ein Mehr an Geschlechtergerechtigkeit in den Räten meist die Voraussetzung für ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis in den kommunalen Führungspositionen. Der Wettbewerb um die Spitzenpositionen im Ranking ist also mit Erscheinen dieser Broschüre wieder eröffnet.

Dies ist das dritte Genderranking deutscher Großstädte, das die Heinrich-Böll-Stiftung bei Lars Holtkamp und Elke Wiechmann von der FernUni Hagen in Auftrag gegeben hat. Ich möchte den beiden schon an dieser Stelle herzlich für die engagierte und produktive Zusammenarbeit danken. Sie ermittelten erneut die Daten aus den 79 deutschen Großstädten und untersuchten den Anteil der Frauen bei Ratsmandaten, Ausschussvorsitzen, Fraktionsvorsitzen, Dezernatsleitungen und im Oberbürgermeisteramt. Die Daten wurden in einem Genderindex gewichtet. Das Ergebnis: Frauen sind auch 2013, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, in den kommunalpolitischen Führungsämtern deutscher Großstädte unterrepräsentiert. Gegenüber den Vorgänger-Studien in den Jahren 2008 und 2010 sind allerdings leichte Fortschritte zu verzeichnen. So sind knapp 14% der Oberbürgermeisterämter von Frauen besetzt, 2010 waren es 12,7%. Leichte Steigerungen in dieser Größenordnung verzeichneten Lars Holtkamp und Elke Wiechmann ebenfalls für die weiteren Positionen Dezernatsleitungen, Fraktionsvorsitze und Ausschussvorsitze – allerdings auf weiterhin niedrigem Niveau. In den Stadträten liegt der weibliche Anteil aber immerhin bei 33,4% (2010: 32,9%).

Der Blick auf die Städteliste birgt einige Überraschungen: Gewonnen hat dieses Mal die Stadt Trier, die in der ersten Studie von 2008 noch auf Platz 47 rangierte. Mittlerweile sind im Trierer Stadtrat 45,5% Frauen vertreten, was daran liegt, dass die Quotenparteien SPD und Grüne ihr Soll übererfüllen. Obwohl der Oberbürgermeister ein Mann ist, setzt sich ansonsten die Geschlechterparität bis in die Spitzenämter fort: 50% der Fraktionsvorsitze und zwei Drittel der Dezernate sind in weiblicher Hand. Die Mainmetropole Frankfurt, die die ersten beiden Städtevergleiche angeführt hatte, hält sich zwar in der Spitzengruppe auf dem 2. Platz, aber die vorige Zweitplatzierte, die Landeshauptstadt Stuttgart, ist um 24 Plätze abgestürzt. Während Wolfsburg, Hildesheim und Pforzheim sich beachtlich verbessern, rutschen Chemnitz und Leipzig dramatisch ab. Das Schlusslicht bildet dieses Mal Magdeburg: Hier finden sich fast

keine Frauen in kommunalpolitischen Ämtern. Sogar der Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses ist ein Mann – was man unter anderen Vorzeichen ja positiv werten könnte.

Schließlich zeigt die Studie zum wiederholten Male, dass der Parteienwettbewerb um Geschlechterparität in Kommunen gut ist – allerdings vornehmlich dort funktioniert, wo die Quotenparteien Grüne, SPD und Linke stark sind. Um auch die Quotenmuffel CDU und – falls in den Parlamenten präsent – die FDP an Bord zu holen, wäre eine verbindliche Quote für Parteien besser. Auch wenn in einigen Bundesländern, so z.B. in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, über gesetzliche Frauenquoten für Kommunalparlamente diskutiert und diese auch teilweise als weiche Regelungen umgesetzt wurden, bleibt hier doch noch einiges zu tun. Wenn nun schon eine Quotenregelung für die Privatwirtschaft in greifbare Nähe rückt, darf die Politik, an die ja andere Ansprüche an Repräsentanz gelten, sich nicht mit einer unterdurchschnittlichen Performance zufrieden geben.

Wir sind überzeugt, dass das Genderranking 2013 wieder viel Stoff für Diskussionen über das Abschneiden von Frauen und Männern in der Politik vor Ort bietet – diese Diskussionen befürworten wir ausdrücklich und wünschen uns, dass sie produktiv genutzt werden können.

Berlin, im November 2013

Sabine Drewes

*Referentin für Kommunalpolitik und Stadtentwicklung*

*Heinrich-Böll-Stiftung*

# 1 Untersuchungsauftrag und -methodik

Nachdem wir 2008 im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung das erste und 2010 das zweite Genderranking deutscher Großstädte durchgeführt hatten, hat sich in der politischen Diskussion zumindest auf der Verlautbarungsebene einiges getan. In mehreren Landtagen wurde zumindest über gesetzliche Frauenquoten für die Kommunalparlamente diskutiert, und auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen werden Frauenquoten eingefordert. Nach 15 Jahren Stagnation steigt zudem im September 2013 mit der Bundestagswahl der Frauenanteil im Deutschen Bundestag auf 36,9% an (2009 noch 32,8%).<sup>1</sup> Das liegt nicht nur daran, dass die FDP als traditioneller Quotenmuffel aus dem Bundestag ausgeschieden ist, sondern die Grünen und die Linken haben sogar eine leichte Frauenüberrepräsentanz im Bundestag zu verzeichnen (55,6% und 56,2%).<sup>1</sup> Auch die SPD hat mit 42% Frauenanteil ihre Quote erstmals übererfüllt. Allerdings ist dies vorrangig auf ihr schlechtes Bundestagswahlergebnis zurückzuführen, so dass die meisten Parlamentarier/innen über die quotierte Liste und nicht über Direktmandate eingezogen sind. Unter den knapp 60 errungenen Direktmandaten der SPD liegt der Frauenanteil nur bei knapp 26%. Bei den 135 SPD-Bundestagsabgeordneten, die über die Liste eingezogen sind, liegt der Frauenanteil hingegen bei 49%. Dies zeigt erneut, dass bei der personalisierten Verhältniswahl (ähnlich wie bei den NRW-Kommunen) die Direktmandate nicht quotiert sind und dadurch gerade Quotenparteien niedrigere Frauenanteile realisieren, wenn sie ein sehr gutes Wahlergebnis erzielen und viele Direktmandate gewinnen.

Ob dieser Schub für eine höhere Frauenrepräsentanz auch in den Kommunen zu beobachten ist, ist eine der wesentlichen Fragen dieser Studie.

Von August bis Oktober 2013 führten wir zum dritten Mal unsere empirische Gender-Analyse durch. Von allen 79 Großstädten<sup>2</sup> in Deutschland wurde die Zahl der Frauen in Räten und kommunalen Führungspositionen erhoben. Hierfür haben wir eine systematische Auswertung aller großstädtischen Internetseiten vorgenommen, die durch gezielte telefonische Abfragen in diversen Städten ergänzt wurde. Mit unserer Erhebung gibt es nun zum dritten Mal einen flächendeckenden Überblick über die Repräsentanz von Frauen in wichtigen Schlüsselpositionen für die deutschen Großstädte, während Bundes- und Landesregierungen immer noch auf einheitliche Statistiken in diesem für die Gleichstellung hoch relevanten Bereich verzichten.

- 1 Vgl. <http://democracy.blog.wzb.eu/2013/10/02/nachlese-zur-bundestagswahl-2013-fdp-raus-frauen-rein/> (Abruf 15.10.2013).
- 2 Die drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg wurden aufgrund ihrer völlig anderen kommunalen Struktur nicht in die Erhebung aufgenommen, v.a. um das Gesamtergebnis nicht zu verzerren.

Zusätzlich werteten wir erstmals die Repräsentanz von Frauen mit Migrationshintergrund in den Kommunalparlamenten aus, die wir in einem kurzen Exkurs am Ende der Studie skizzieren.

# 2 Ergebnisse des dritten Genderrankings deutscher Großstädte

Aus den erhobenen Frauenanteilen in den einzelnen politischen Positionen der Großstädte lässt sich, wie in den zwei Studien zuvor, ein Genderindex bilden, der die Grundlage auch unseres dritten deutschen Genderrankings darstellt und detaillierte Angaben über die Repräsentation von Frauen im Städtevergleich geben kann.

Folgende politische Positionen gingen als Indikator in den Genderindex ein: Ratsmandate, Ausschussvorsitze, Fraktionsvorsitze, Dezernatsleitungen und das Oberbürgermeisteramt.

Für die ersten vier Positionen wurden die Gemeinden jeweils gesondert eingestuft und in Quartile eingeteilt. Entsprechend der Quartilszugehörigkeit der Städte bei den einzelnen Positionen wurde der Wert 4, 3, 2 oder 1 zugewiesen, d. h. Großstädte, die sich unter den ersten 20 mit der höchsten Frauenrepräsentanz befinden, beispielsweise bei den Ratsmandaten, bekommen für diese Position dann den Wert 4 zugewiesen. Für die Position der Oberbürgermeister/innen als Variable mit nur zwei möglichen Ausprägungen wurde dagegen bei männlicher Besetzung der Wert 1 und bei weiblicher Amtsausübung der Wert 2 vergeben. Diese Werte für die betrachteten 5 Positionen werden zum Genderindex addiert. Haben Kommunen schließlich in einigen Fällen die gleiche Punktzahl auf dem Genderindex, ist der weibliche Ratsanteil entscheidend für die letztendliche Platzierung.

Im ersten und zweiten Genderranking war die Stadt Frankfurt einsamer Spitzenreiter. Nachdem Petra Roth als Oberbürgermeisterin im Jahr 2012 zurücktrat, rutschte Frankfurt in unserem aktuellen Genderranking auf einen immer noch guten zweiten Platz. Der ehemalige Zweite, Stuttgart, stürzte demgegenüber auf Platz 26 ab, unter anderem deswegen, weil dort nun auch die Ausschussvorsitze überwiegend an Männer vergeben wurden.

Siegerin in unserem aktuellen Genderranking ist die Stadt Trier. 2008 lag die Stadt noch auf Platz 47 im ersten Genderranking. Nun sind 45,5% Frauen im Trierer Stadtrat vertreten. Das liegt insbesondere daran, dass die SPD und die Grünen ihre Frauenquoten übererfüllen. Auch in den Spitzen dominiert die Geschlechterparität. So sind 50% der Fraktionsvorsitzenden und sogar zwei Drittel der Dezernent/innen weiblich.

Die Klassenletzte des dritten Rankings ist die Stadt Magdeburg. Hier sind Frauen in Führungspositionen eine Rarität. Alle Beigeordneten sind hier Männer, alle Fraktionsvorsitzende sind Männer, und auch die 13 Ausschussvorsitze werden mit 12 Männern und lediglich einer Frau besetzt. Selbst der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz des Ratsausschusses für Familie und Gleichstellung werden von Männern

bekleidet. Von modernen Gleichstellungsnormen sind die lokalen Parteien in Magdeburg also noch weit entfernt. Auch die in den meisten Großstädten quotentreue grüne Fraktion besteht in Magdeburg nur aus männlichen Ratsmitgliedern und wird sogar von der CDU-Fraktion mit einem eher symbolischen Frauenanteil von 7,7% überholt. So verwundert es wenig, dass der Magdeburger Stadtrat gerade mal einen Frauenanteil von 21,5% zu verzeichnen hat. Andere Landeshauptstädte, wie München oder Stuttgart, haben demgegenüber fast einen doppelt so hohen Frauenanteil im Kommunalparlament. Es ist kaum vorstellbar, dass man in einer Landeshauptstadt mit mehr als 200.000 Einwohner/innen als Fraktion nicht einmal eine politisch interessierte Frau für ein Ratsmandat finden kann, falls man danach suchen würde.

**Tabelle 1: Genderranking 2013**

Rang	Stadt	Ratsanteil in %	Quartil Ratsanteil	FV	Dez.	AV	OB	Index	Veränderung zu 2010
01	Trier	45,45%	4	4	4	4	1	17	4
02	Frankfurt	48,39%	4	3	4	4	1	16	-1
03	Potsdam	40,00%	4	3	4	3	1	15	6
04	Oldenburg	38,00%	4	2	4	4	1	15	28
05	Rostock	37,74%	4	4	3	3	1	15	11
06	Darmstadt	36,62%	3	3	4	4	1	15	29
07	Wolfsburg	39,13%	4	3	4	2	1	14	43
08	Hildesheim	35,56%	3	3	3	4	1	14	51
09	Köln	34,44%	3	3	4	3	1	14	13
10	Koblenz	33,93%	3	4	3	3	1	14	15
11	Aachen	33,78%	3	4	4	2	1	14	-3
12	Pforzheim	30,00%	2	4	3	4	1	14	58
13	Gera	23,91%	1	4	4	3	2	14	6
14	Erlangen	46,00%	4	3	3	2	1	13	0
15	Wiesbaden	41,98%	4	2	4	2	1	13	0
16	München	41,25%	4	2	2	4	1	13	-12
17	Hannover	40,63%	4	2	2	4	1	13	0
18	Karlsruhe	39,58%	4	4	2	2	1	13	2
19	Dortmund	39,53%	4	2	4	2	1	13	-13
20	Kassel	36,62%	3	1	4	4	1	13	-10
21	Offenbach	36,62%	3	3	2	4	1	13	33

22	Münster	35,00%	3	3	2	4	1	13	-19
23	Bielefeld	33,33%	2	4	2	4	1	13	0
24	Reutlingen	27,50%	2	2	3	4	2	13	3
25	Fürth	48,00%	4	3	3	1	1	12	4
26	Stuttgart	41,67%	4	3	3	1	1	12	-24
27	Saarbrücken	38,10%	4	1	2	3	2	12	9
28	Osnabrück	38,00%	4	1	4	2	1	12	-16
29	Ulm	35,00%	3	4	3	1	1	12	-5
30	Kiel	33,96%	3	3	1	3	2	12	27
31	Remscheid	33,33%	2	2	3	3	2	12	18
32	Heidelberg	42,50%	4	4	1	1	1	11	-2
33	Neuss	35,50%	3	4	2	1	1	11	24
34	Oberhausen	35,48%	3	2	1	4	1	11	11
35	Bonn	35,00%	3	3	2	2	1	11	-14
36	Düsseldorf	34,78%	3	3	1	3	1	11	-5
37	Paderborn	33,82%	3	3	3	1	1	11	-3
38	Mainz	33,33%	2	1	4	3	1	11	27
39	Herne	29,69%	2	3	2	3	1	11	2
40	Ludwigshafen	26,67%	1	2	2	4	2	11	-29
41	Witten	19,70%	1	3	1	4	2	11	2
42	Nürnberg	47,14%	4	3	1	1	1	10	-29
43	Freiburg	33,33%	2	3	2	2	1	10	-36
44	Moers	32,14%	2	2	2	3	1	10	-7
45	Dresden	31,43%	2	1	1	4	2	10	24
46	Siegen	30,00%	2	1	3	3	1	10	-6
47	Essen	29,27%	2	2	2	3	1	10	14
48	Bochum	26,83%	1	1	4	2	2	10	3
49	Heilbronn	25,00%	1	4	3	1	1	10	15
50	Cottbus	24,00%	1	4	2	2	1	10	-2
51	Würzburg	38,00%	4	1	1	2	1	9	-7
52	Augsburg	36,67%	3	3	1	1	1	9	3
53	Mannheim	35,42%	3	2	2	1	1	9	-20

54	Mülheim	31,03%	2	1	1	3	2	9	6
55	Gelsenkirchen	30,30%	2	2	2	2	1	9	-17
56	Hamm	29,31%	2	1	3	2	1	9	-14
57	Ingolstadt	28,00%	2	3	2	1	1	9	9
58	Bottrop	27,78%	2	3	1	2	1	9	-19
59	Chemnitz	26,67%	1	1	2	3	2	9	-41
60	Halle	25,00%	1	1	2	4	1	9	2
61	Lübeck	24,49%	1	2	4	1	1	9	-15
62	Erfurt	24,00%	1	2	3	2	1	9	-34
63	Leverkusen	23,53%	1	3	1	3	1	9	0
64	Jena	32,61%	2	1	3	1	1	8	-12
65	Braunschweig	31,48%	2	1	2	2	1	8	3
66	Wuppertal	31,43%	2	1	1	3	1	8	-19
67	Hagen	29,31%	2	1	1	3	1	8	8
68	Leipzig	27,14%	1	3	1	2	1	8	-42
69	Iserlohn	24,00%	1	2	2	2	1	8	9
70	Salzgitter	21,74%	1	2	2	2	1	8	9
71	Solingen	36,11%	3	1	1	1	1	7	-15
72	Göttingen	32,61%	2	1	2	1	1	7	-14
73	Regensburg	32,00%	2	1	2	1	1	7	-6
74	Krefeld	25,86%	1	2	2	1	1	7	-21
75	Bergisch Gladbach	25,81%	1	2	1	2	1	7	1
76	Mönchengladbach	24,24%	1	1	1	3	1	7	-5
77	Recklinghausen	22,22%	1	2	2	1	1	7	-4
78	Duisburg	24,32%	1	2	1	1	1	6	-1
79	Magdeburg	21,43%	1	1	1	1	1	5	-7

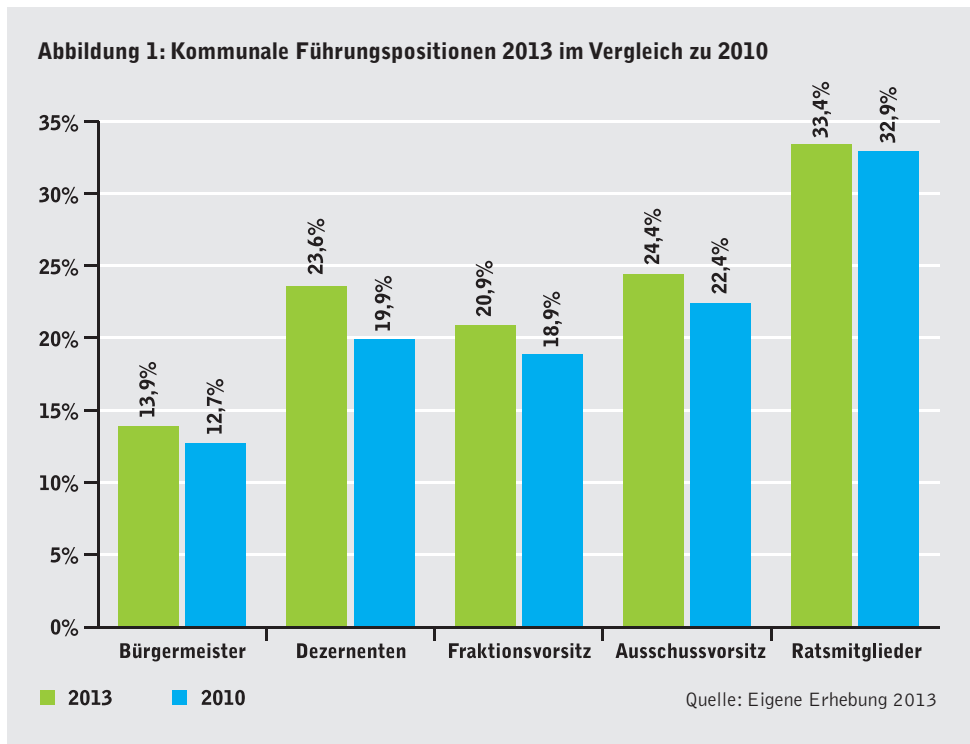
Quelle: Eigene Erhebung. FV=Fraktionsvorsitz; Dez.= Dezernatsleitung; AV=Ausschussvorsitz;  
OB=Oberbürgermeister/in



# 3 Detailanalyse der empirischen Ergebnisse

## 3.1 Genderranking im Positionsvergleich

Das Ergebnis der Analyse der Führungspositionen ist eindeutig. Frauen sind in der großstädtischen Kommunalpolitik gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil auch 2013 unterrepräsentiert. Im Stadtrat ist die Unterrepräsentanz dabei etwas weniger ausgeprägt als in den Führungspositionen. Gerade in den zentralen politischen Führungspositionen ist die Unterrepräsentanz besonders gravierend.



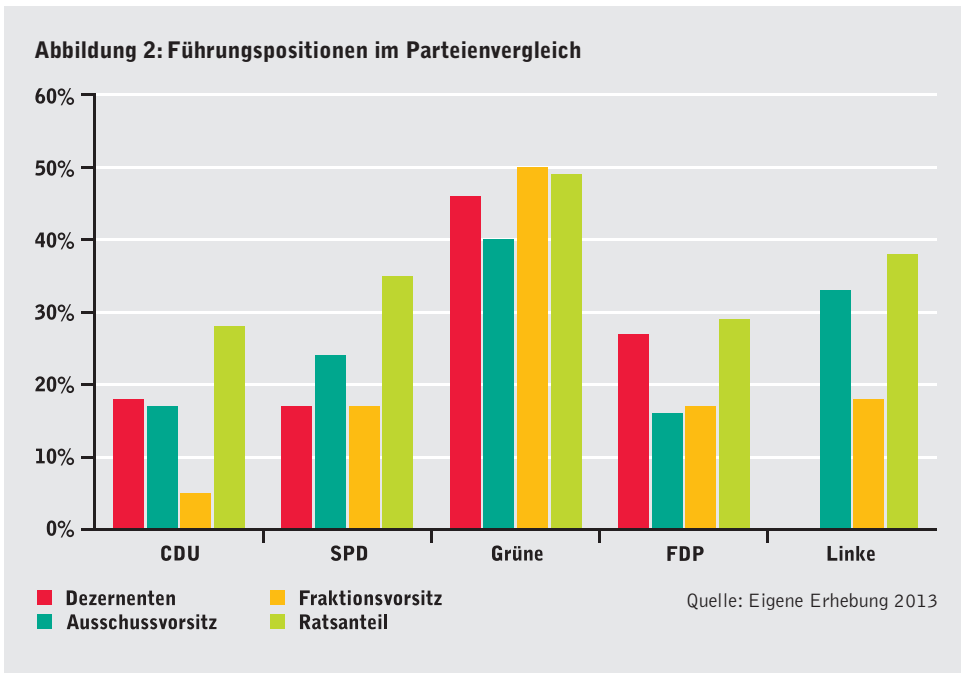
Nur knapp 14% der Oberbürgermeister/innen sind weiblich. Je höher die Machtpositionen, desto weniger Frauen haben Zugang zu diesen Positionen. Allerdings sind im Vergleich zu unserem zweiten Genderranking 2010 bei allen Positionen leichte Verbesserungen zu konstatieren. Zwar kann hier nicht wie bei den Bundestagswahlen 2013 von einem Schub für mehr Frauenrepräsentanz geredet werden, aber die Richtung der Veränderungen zeigt sich zunächst positiv. Ob die Steigerung auf diesem

niedrigen Niveau bereits den Weg für eine paritätische Repräsentanz weist, bleibt zu beobachten. Im Superkommunalwahljahr 2014 besteht zudem die Chance, mehr weibliche Ratsmitglieder zu platzieren. Immerhin finden in NRW, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Hamburg und den neuen Bundesländern Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 statt, Bayern wählt im März seine Kommunalparlamente neu, und damit werden mehr als die Hälfte der Großstädte ihre Kommunalparlamente neu und vor allem geschlechtergerechter aufstellen können. Ob dadurch der Frauenanteil tatsächlich signifikant steigen kann, wird wohl auch maßgeblich von den Ergebnissen der Parteien abhängen, die Frauenförderung und innerparteiliche Quoten traditionell sehr unterschiedlich praktizieren.

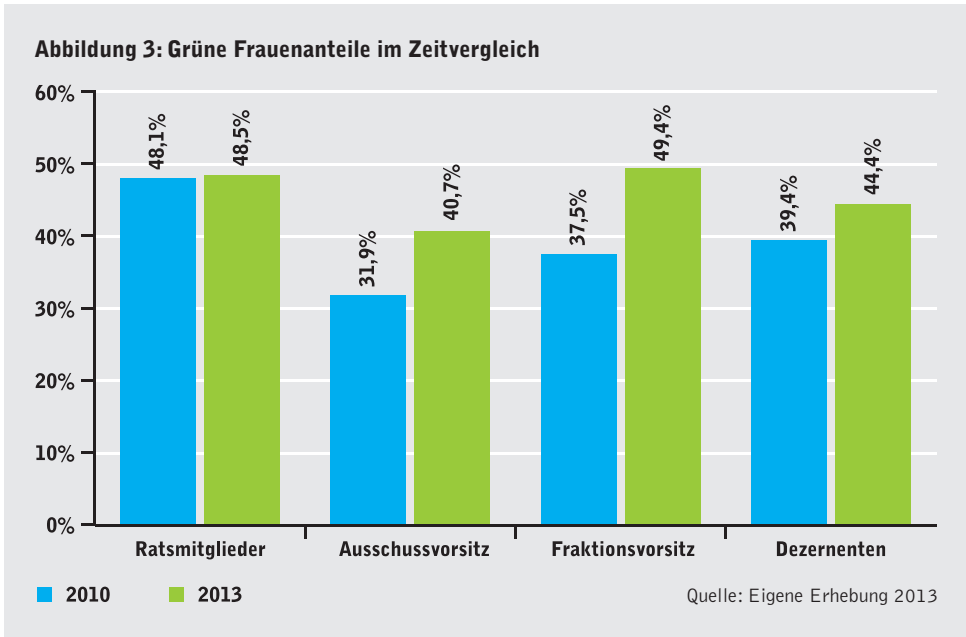
### 3.2 Genderranking im Parteienvergleich

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen führt auch 2013 die Hitliste der Parteien bezüglich der Frauenrepräsentanz in den deutschen Großstädten eindeutig an. Mit deutlichem Abstand folgen die Linke und die SPD. Als Quotenparteien schneiden sie bei den Ratsanteilen noch gut ab, wobei allerdings die Linke ihre 50%-Quote deutlich verfehlt. Am schlechtesten ist die CDU hinsichtlich ihrer Frauenrepräsentanz aufgestellt. Beim Fraktionsvorsitz liegt die CDU sogar bei einem Frauenanteil unter 6%. Auf kommunaler Ebene sind also, anders als auf der Bundesebene, nur sehr wenige Führungsfrauen in der CDU vertreten.

Auch die FDP hat einen ähnlich niedrigen Frauenanteil unter ihren Ratsmitgliedern. Das verdeutlicht, dass Parteien, die auf Quotenlösungen verzichten, eine deutlich ausgeprägtere Unterrepräsentanz von Frauen haben.



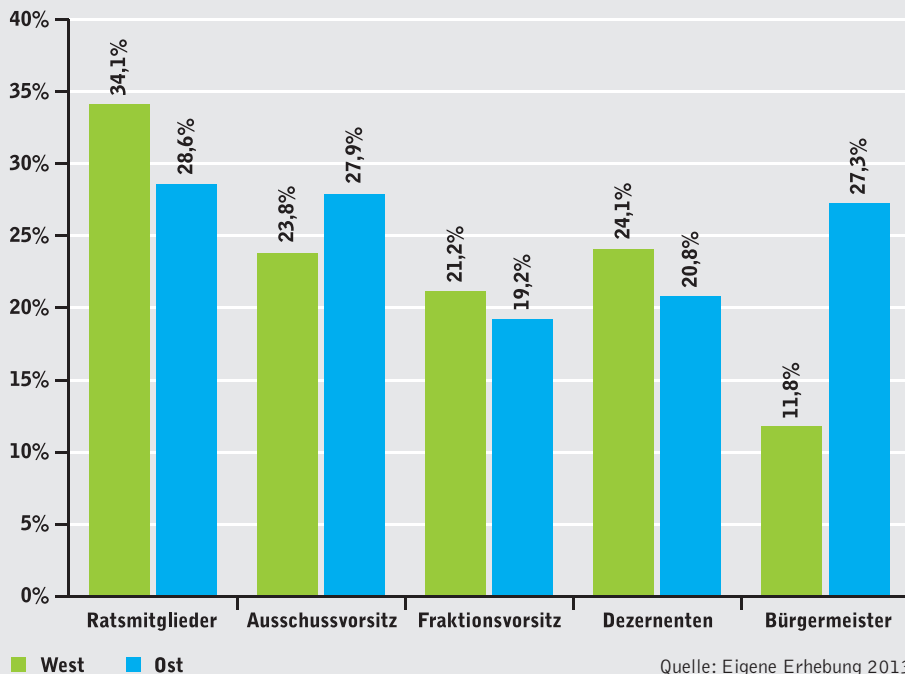
Im Zeitvergleich wird deutlich, dass insbesondere die Grünen, von hohem Niveau ausgehend, noch deutlich bei den Frauenanteilen zulegen konnten und auch bei den Fraktionsvorsitzenden nun die Geschlechterparität erreichen. In den anderen Fraktionen ist dieses einflussreiche Amt weiterhin eine Männerdomäne.



### 3.3 Genderranking im Ost-West-Vergleich

Lediglich bei den Oberbürgermeisterinnen schneiden die ostdeutschen Großstädte deutlich besser ab als die westdeutschen Kommunen. Bei insgesamt allerdings niedrigen Fallzahlen erreichen sie beim Oberbürgermeisteramt immerhin einen Frauenanteil von gut 27%. In Westdeutschland ist die Frauenrepräsentanz mit knapp 12% unter den Oberbürgermeister/innen auffallend niedrig. Dies dürfte vorwiegend am Nominierungsverhalten der größeren Volksparteien liegen, bei denen sich in der Regel Männer bei Führungspositionen durchsetzen können. Dies gilt wiederum im besonderen Maße für die CDU, die nach dem Ausstieg von Petra Roth aus der Frankfurter Kommunalpolitik in Westdeutschland nur noch eine Oberbürgermeisterin (in Ludwigshafen) stellt.

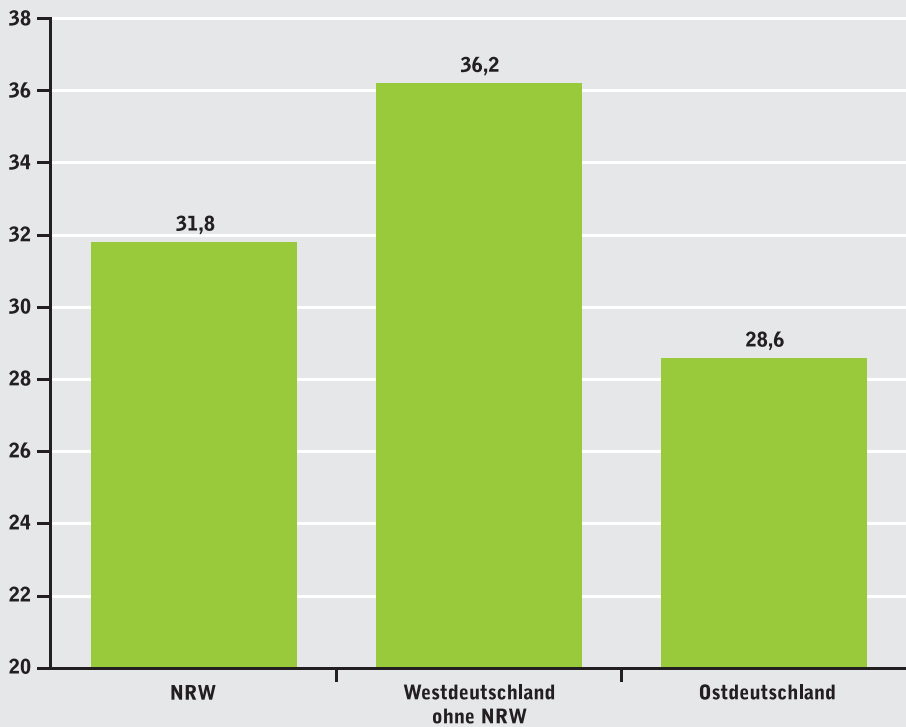
Abbildung 4: Führungspositionen im Ost-West-Vergleich



Bei den Ratsmitgliedern liegt hingegen Ostdeutschland relativ deutlich hinter Westdeutschland. Dies gilt insbesondere für die Stadt Magdeburg, die den letzten Rang im Genderranking 2013 einnimmt. Noch deutlicher wird der Rückstand Ostdeutschlands bei den Ratsmitgliedern, wenn man bei den westdeutschen Kommunen NRW herausrechnet, das ein anderes Wahlrecht hat als die anderen ost- und westdeutschen Kommunen und insbesondere durch die nur hier zu vergebenen dezentralen Direktmandate Frauen benachteiligt.<sup>3</sup> Vor diesem Hintergrund wäre auch zu überlegen, das NRW-Kommunalwahlrecht an die anderen Bundesländer anzupassen, indem man auch hier Kumulieren und Panaschieren einführt, das den Bürger/innen mehr Wahl- und Partizipationsmöglichkeiten bietet. Dafür spricht auch, dass sich viele NRW-Kommunen lediglich auf den letzten Plätzen des Genderrankings wiederfinden.

3 Durch die dezentralisierte Listenaufstellung wird eine größere Intransparenz begünstigt, mit der die Bevorzugung bewährter, meist männlicher «Parteisoldaten» vorangetrieben werden kann und parteiinterne Quotenregeln eher umgangen werden können.

**Abbildung 5: Frauenanteil in % unter den Ratsmitgliedern unterschiedlicher Bundesländer**

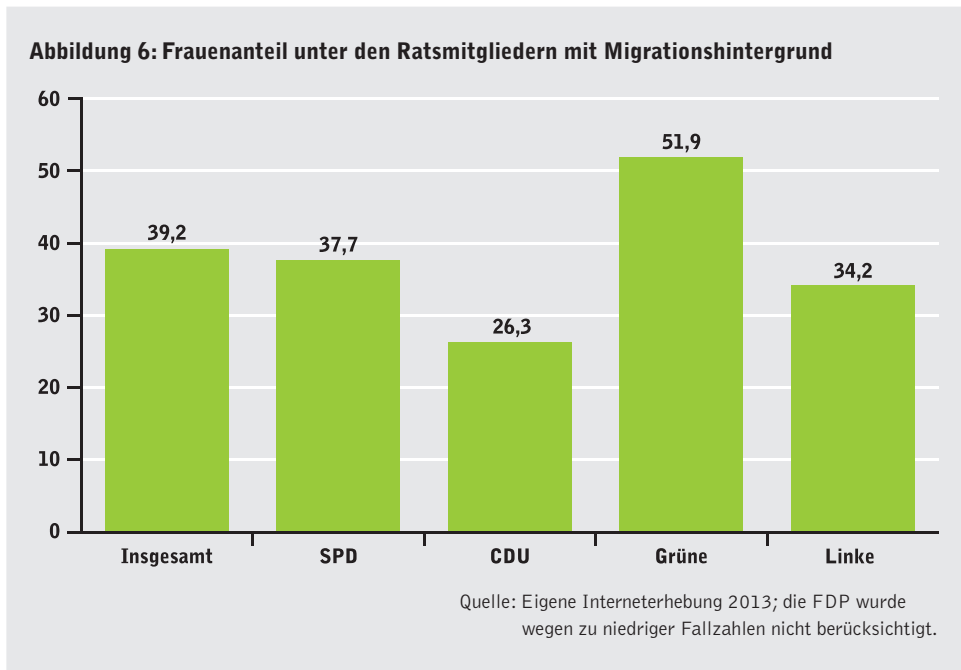


Quelle: Eigene Erhebung 2013

So liegen die weiblichen Ratsanteile im bevölkerungsreichsten Bundesland NRW mit den meisten Großstädten durchschnittlich lediglich bei knapp 32%, wohingegen alle anderen westdeutschen Bundesländer zusammen durchschnittlich einen Frauenanteil von mehr als 36% vorweisen können.

# 4 Sonderauswertung: Migrant/innen in Großstadtparlamenten

Knapp 28% der Bevölkerung haben in bundesdeutschen Großstädten einen Migrationshintergrund, aber in den Parlamenten sind sie kaum vertreten. Mit der weiter wachsenden Zahl von Migrant/innen wird diese «monokulturelle» Ausrichtung der Parlamente zunehmend zu einem Repräsentations- und Demokratiedefizit. Immerhin ist mit der letzten Bundestagswahl der Migrant/innen-Anteil unter den Abgeordneten auf 5,5% gewachsen. Die westdeutschen Großstadtparlamente liegen nach unserer Auswertung<sup>4</sup> mit einem Migrant/innen-Anteil von 4,8% knapp unter dem Bundestagsergebnis. Die ostdeutschen Großstadtparlamente haben dagegen nur einen Migrant/innen-Anteil von 1,58%. Der Frauenanteil unter Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund liegt mit 39,2% höher als der Frauenanteil ohne Migrationshintergrund – immer im Verhältnis zur jeweils männlichen Gruppe. Auch hier erzielen die Grünen Spitzenwerte und halten ihre Frauenquote ein.



<sup>4</sup> Infos zum Forschungsprojekt unter <http://www.fernuni-hagen.de/polis/lg4/projekte/PolitischePartizipationundRepresentationvonMigrantInneninDeutschland.shtml>

Da aber insgesamt Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund extrem unterrepräsentiert sind, ist der Frauenanteil in dieser kleinen Gruppe nur bedingt aussagekräftig. Setzt man den Bevölkerungsanteil der Frauen mit Migrationshintergrund in Relation zu ihren Ratsmitgliedern, dann wird deutlich, dass sie ähnlich wie Männer mit Migrationshintergrund in den Großstadtparlamenten extrem unterrepräsentiert sind. In die Räte müssten danach fünfmal mehr Männer mit Migrationshintergrund einziehen, um entsprechend ihres Bevölkerungsanteils gerecht in Großstadtparlamenten repräsentiert zu sein. Bei den Frauen mit Migrationshintergrund müssten sogar achtmal so viele von ihnen in die Großstadtparlamente einziehen, um ihren Bevölkerungsanteil auch im Kommunalparlament gerecht abbilden zu können. Deutlicher kann man kaum unterrepräsentiert sein, so dass hier zukünftig sicher ein großer Handlungsbedarf besteht. Wer sich mit Fragen der geschlechtergerechten Demokratie befasst, kommt zukünftig also kaum umhin, sich verstärkt mit der politischen Partizipation und Repräsentanz von Frauen (und Männern) mit Migrationshintergrund zu beschäftigen.













Frauen sind auch im Jahr 2013 in den Führungsämtern deutscher Großstädte unterrepräsentiert. Das Genderranking, das die Heinrich-Böll-Stiftung nun schon zum dritten Mal durchführen ließ, belegt einen entsprechend hohen Nachholbedarf in den untersuchten Kommunen, aber auch gewaltige Unterschiede zwischen dem Erst- und Letztplatzierten der Liste. Deutlich wurde auch: Gesetzliche Frau-

enquoten für die Kommunalparlamente könnten die Geschlechterparität schneller herbeiführen. Geschlechtergerechtigkeit in den Räten ist meistens Voraussetzung für ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis in den kommunalen Führungspositionen. Der Wettbewerb um die Spitzenpositionen in der nächsten Rangliste ist hiermit wieder eröffnet.

**Heinrich-Böll-Stiftung**

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Die grüne politische Stiftung

**T** 030 285340 **F** 030 28534109

**E** [info@boell.de](mailto:info@boell.de)

**W** [www.boell.de](http://www.boell.de)

ISBN 978-3-86928-117-9